

Reisebericht Kongo (01. - 02. Juni 2023)

Von Luanda ging es direkt weiter nach Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo. Von Angola gelangt man dorthin in knapp einer Stunde. Besonders beeindruckend war der Landeanflug entlang dem Kongostrom, dem zweitlängsten Fluss Afrikas nach dem Nil. Die Demokratische Republik Kongo ist flächenmäßig nach Algerien der zweitgrößte Staat Afrikas und hat mit knapp 100 Mio. Einwohnern die viertgrößte Bevölkerung des Kontinents. Ungefähr 15 Mio. Menschen wohnen allein in Kinshasa.

Ein wichtiges Ziel meiner Reise war es, mich nach meinem Aufenthalt in Luanda auch mit der kongolesischen Regierung über die derzeitigen Mediationsgespräche im Ostkongo auszutauschen. Zunächst sprach ich dazu mit Verteidigungsminister Jean-Pierre Bemba, mit dem ich mir praktisch die Klinke in die Hand gab. Denn nur wenige Stunden, nachdem ich aus der angolanischen Hauptstadt ankam, flog er zu einem Gipfel des Luanda-Prozesses.

Der Konflikt im Ostkongo ist zwar jüngst wieder aufgeflammt, er existiert aber schon seit vielen Jahren. De facto ist er der längste ungelöste Konflikt in Afrika. Um ihn zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick in die Geschichte zu werfen.

Bei der Berliner Kongokonferenz wurde das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo dem belgischen König Leopold II als Privatbesitz zugesprochen. Die wirtschaftliche Ausbeutung und Gewalt in dieser Zeit waren so schlimm, dass Leopold II durch internationalen Druck dazu gezwungen wurde, die Kolonie 1908 an den belgischen Staat zu übergeben. Aber auch anschließend kam es weiter zu einer systematischen Ausbeutung. Die heutige Republik Kongo, deren Hauptstadt Brazzaville nur durch den Kongofluss von Kinshasa getrennt ist, wurde 1880 französische Kolonie. Dies ist der Grund, warum es heute zwei Staaten Kongo gibt.

1960 erhielt die Demokratische Republik Kongo ihre Unabhängigkeit. Der erste demokratisch gewählte Premierminister Patrice Lumumba wurde 1961 Opfer eines politischen Mordes. Es gilt als bewiesen, dass auch westliche Länder in diesen Mord involviert waren – einerseits zur Sicherung der Rohstoffe in der Provinz Katanga, andererseits aus Angst, Lumumba könne sich im Kalten Krieg Moskau anschließen. Auch in den Folgejahren, in denen

der vom Westen unterstützte Autokrat Mobutu Sese Seko herrschte, kam der Kongo nicht zur Ruhe. Durch die enormen Rohstoffvorkommen wurde er immer wieder der Spielball anderer Staaten. Das gilt letztlich bis heute.

1994 kam es in Ruanda zum Völkermord der Hutu an den Tutsi. Knapp eine Million Menschen starben. Nachdem Tutsi-Truppen aus Uganda dem Morden ein Ende setzten, flohen die Hutu-Streitkräfte in die Kongo-Provinzen Nord- und Süd-Kivu. Dort begannen Sie das Morden an kongolesischen Tutsi und versuchten, die neue Tutsi-Regierung in Ruanda wieder zu stürzen. Daraufhin gründeten sowohl in Ruanda als auch im Ostkongo lebenden Tutsi eine Organisation (AFDL), um wiederum gegen die Hutu im Ostkongo vorzugehen. Im Zuge der Unruhen eroberte Laurent Désiré Kabila das Land und stürzte den Langzeitherrscher Mobutu Sese Seko. Schon bald überwarf sich aber Kabila mit seinen einstigen Verbündeten Ruanda und Uganda, woraufhin 1998 im Ostkongo erneut Kämpfe ausbrachen. Der Konflikt entwickelte sich schnell zu einem „afrikanischen Weltkrieg“, da immer mehr Staaten auf einer der beiden Seiten eingriffen. Erst 2001 wurde ein Waffenstillstand geschlossen.

Auch Kabilas Sohn, Joseph Kabila, der 2001 seinen bei einem Attentat ermordeten Vater als Präsident beerbte, gelang es nicht, die Situation dauerhaft zu stabilisieren. Von 2007 bis 2009 kam es zu einem dritten Kongokrieg in den Provinzen Kivu Nord und Kivu Süd. Auch unter seinem Nachfolger Felix Tshisekedi, der 2018 in umstrittenen Wahlen zum Präsident gewählt wurde, bleibt die Lage bis heute labil. Mehr als 120 bewaffnete Gruppen sind im Ostkongo derzeit aktiv. Es gibt über 6 Mio. Binnenflüchtlinge. Jeden Monat werden etwa 200 Menschen im Konflikt getötet. Eine der Gruppen, die weiterhin im Ostkongo agieren, ist die M23, die laut Bericht einer VN-Expertengruppe von der ruandischen Regierung unterstützt wird. Daher kam es zuletzt zu starken Spannungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda, was die Gefahr eines direkten militärischen Konflikts der beiden Länder mit sich bringt.

Mehrere Staaten versuchen in dieser Situation derzeit zu vermitteln, vor allem Angola im Rahmen des sog. „Luanda-Prozesses“. Daneben werden politische Gespräche mit einigen der bewaffneten Gruppen geführt (sog. „Nairobi-Prozess“). Die Ostafrikanische Gemeinschaft EAC entsendete zudem Truppen, um dabei mitzuhelfen, eine Entwaffnung und Reintegration der bewaffneten Gruppen zu erreichen. Die angolische Regierung sowie die südafrikanische Gemeinschaft SADC kündigten vor kurzem ebenfalls an, Truppen entsenden zu wollen.

Mit Verteidigungsminister Bemba sprach ich darüber, welche Rolle diese unterschiedlichen Truppenkontingente bei der Stabilisierung des Ostkongo spielen könnten. Dabei wurde deutlich, dass die angolanischen Truppen als neutraler Akteur die Entwaffnung der bewaffneten Gruppen überwachen sollen. Auch über die Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda sowie die auch durch Hassrede wieder neu geschürten ethnischen Spannungen im Land sprachen wir ausführlich.

Nach diesem Gespräch nahm ich an einem Empfang in der Residenz des deutschen Botschafters teil. Hier traf ich auch meine Parlamentskolleginnen und -kollegen des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die sich zeitgleich in Kinshasa aufhielten. Neben Mitgliedern der kongolesischen Regierung, des Parlaments und der Zivilgesellschaft, diverser UN-Organisationen traf ich auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter deutscher Organisationen. Dies zeigt, wie stark Deutschland seit Jahren im Bereich Stabilisierung und Entwicklung im Kongo aktiv ist.

Am nächsten Morgen hatte ich ein Gespräch mit dem Koordinator der kongolesischen Regierung für Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration. Wir sprachen darüber, wie neben klassischen Ansätzen der Demobilisierung kommunale Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen besonders in der Landwirtschaft zu einer Stabilisierung des Ostens beitragen könnte. Auch die derzeitigen Gespräche mit den bewaffneten Gruppen im Rahmen des Nairobi-Prozesses waren Themen unseres Gesprächs.

Anschließend traf ich Vertreter der Opposition und sprach mit ihnen über die Vorbereitung der Wahlen, die im Dezember stattfinden sollen. Sie berichteten mir, wie der Wahlkampf aus ihrer Sicht von der Regierung behindert werde. Die Versammlungsfreiheit werde nicht gewährt. Es komme sowohl zu Angriffen von bewaffneten Mitgliedern der Jugendorganisation der Regierungspartei auf die Opposition als auch zu willkürlichen Verhaftungen. Deutliche Kritik äußerte die Opposition auch am Wahlgesetz und der Erstellung eines Wählerregisters. Im Gegensatz zu früheren Wahlen habe es keinen parteiübergreifenden Konsens zur Verabschiedung eines Wahlgesetzes gegeben. Die Wählerregistrierung sei fehlerhaft. Auffällig war im Übrigen, dass alle meine Gesprächspartner Männer waren. Frauen sind in der kongolesischen Politik deutlich unterrepräsentiert. Die Opposition führte das v.a. darauf zurück, dass es schwierig sei, Frauen zu finden, die bereit seien, sich politisch zu engagieren.

Die Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft war auch das zentrale Thema bei meinem anschließenden Mittagessen mit Menschenrechtsverteidigern, Anwältinnen und Frauenrechtlerinnen. Dabei kam es auch zu einem schönen Wiedersehen. Vergangenes Jahr habe ich Julienne Lusenge bei einer Podiumsdiskussion in Berlin kennengelernt. Jetzt konnte ich in ihrem Heimatland mit ihr und einigen Mitstreiterinnen darüber sprechen, wie sie gegen sexuelle Gewalt an Frauen und Mädchen kämpfen. Sie haben zu diesem Zweck zum Beispiel einen Fonds geschaffen, eine internationale Organisation mit inzwischen schon 500 Anwältinnen gegründet, und sie setzen sich für eine Verbesserung der Gesetzgebung und des Justizsystems ein, um Straflosigkeit zu beenden.

Am Nachmittag traf ich Bintou Keita, die Leiterin der VN-Mission MONUSCO, sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Vereinten Nationen vor Ort. Wir tauschten uns einerseits über die Sicherheitslage im Osten des Landes aus, über die die VN-Organisationen natürlich hervorragende Einblicke haben. Daneben interessierte mich die Einschätzung von Frau Keita zur Entwaffnung und Reintegration der bewaffneten Kämpfer, die mögliche Rolle von MONUSCO zur Unterstützung dieses Prozesses und auch die Zukunft der Mission. Bei dem Gespräch wurde sehr deutlich, dass besonders der Ausbau und die Finanzierung der kongolesischen Polizei von enormer Bedeutung sein werden, um den Osten des Landes zu stabilisieren.

Vor meinem Abflug traf ich schließlich noch den stellvertretenden Präsidenten der Wahlkommission CENI. Dabei erläuterte er seine Sicht auf die Wahlvorbereitungen und äußerte sich auch zu den Vorwürfen der Opposition.

Bei der Rückfahrt zum Flughafen zeigte sich, wie sehr die Infrastruktur Kinshasas inzwischen überlastet ist. Für die 20km von der Innenstadt bis zum Flughafen benötigten wir knapp drei Stunden. Es ging regelmäßig nur im Schrittempo voran.

Von meiner Reise nehme ich viele wertvolle Einblicke und Informationen mit. Die Lage im Ostkongo ist weiterhin sehr labil. Es wird entscheidend darauf ankommen, ob die Entwaffnung der Milizen und ihre Reintegration in das zivile Leben gelingen werden.

Auch die Schaffung von wirtschaftlichen Perspektiven und eine Aussöhnung zwischen den ethnischen Gruppen werden für den Erfolg der Stabilisierung des Ostkongo von entscheidender Bedeutung sein. Deutschland wird diesen Prozess in jedem Fall begleiten: bilateral, mit unseren Partnern in der EU und durch unsere regionale Zusammenarbeit.